

SWP-Aktuell

NR. 14 MÄRZ 2026

Bangladeschs politische Neuordnung nach den Parlamentswahlen

Hoffnung auf Stabilität, Sorgen um demokratische Vielfalt

Tobias Scholz/Leo Wigger

Die Parlamentswahlen in Bangladesch am 12. Februar 2026 markierten eine Zäsur in der neueren Geschichte des Landes. Im August 2024 war Premierministerin Sheikh Hasina gestürzt worden, die mit einer Unterbrechung insgesamt 20 Jahre amtiert hatte. Anschließend übernahm eine Interimsregierung unter Führung des Friedensnobelpreisträgers Muhammad Yunus die Amtsgeschäfte. Ihr gelang es nach zwei unsicheren Jahren, formal ordnungsgemäße Wahlen durchzuführen. Das politische System Bangladeschs hat damit eine hohe institutionelle Resilienz bewiesen. Zugleich wirft das Wahlergebnis neue Fragen auf, was die Zukunft des demokratischen Pluralismus im Land angeht. So bedeutet der klare Wahlsieg der Nationalistischen Partei Bangladeschs (BNP), dass auch weiterhin eine der beiden historischen Familiendynastien an der Spitze des Landes stehen wird. Stimmenzuwächse erzielte das muslimisch-fundamentalistische Lager, was die gesellschaftliche Rolle der Frauen einschränken und eine Wiederannäherung Bangladeschs an das Nachbarland Indien erschweren könnte.

Mit dem Rücktritt von Premierministerin Sheikh Hasina und ihrer Flucht ins indische Exil ging in Bangladesch am 5. August 2024 eine politische Ära zu Ende. Unter Hasina, die 1996 erstmals zur Premierministerin gewählt worden war, erlebte die Wirtschaft des Landes einen beachtlichen Aufschwung. Im Laufe ihrer Amtszeit nahmen jedoch auch Korruption und die Unterdrückung von Meinungs- wie Pressefreiheit zu. Studentische Massenproteste, die im Juli 2024 die Hauptstadt Dhaka erfassten, ließ Hasina während ihrer letzten Regierungstage gewaltsam niederschlagen; der Einsatz der

Polizei forderte schätzungsweise 1.400 Todesopfer. Die maßlose Eskalation bewirkte jedoch in erster Linie, dass Hasina zusehends den Rückhalt der Sicherheitsbehörden verlor.

Nachdem große Teile der regierenden Elite ins Ausland geflohen waren, kam es zu der für Bangladesch einmaligen Situation, dass unter anderem Abgesandte der Studierendenbewegung gemeinsam mit dem Präsidenten des Landes über das weitere politische Vorgehen verhandelten. Zentrales Ergebnis war die Einigung auf eine Übergangsregierung, an deren Spitze



der damals 84-jährige Wirtschaftswissenschaftler und Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus trat. Er galt als verlässliche und glaubwürdige Interimslösung. Politisch sollte er die Neuwahl des bangladeschischen Parlaments organisieren sowie erste Schritte anstoßen, um die von den Protestgruppen geforderte Verfassungsreform einzuleiten und die Hasina-Ära juristisch aufzuarbeiten.

Die Parlamentswahlen als Fixpunkt

Für die politische Ordnung Bangladeschs bestand damit eine unsichere Ausgangslage. Die anstehenden Parlamentswahlen erschienen bald als schicksalhafter Termin, der über die Zukunft der Demokratie im Land entscheiden würde. Für Yunus kam erschwerend hinzu, dass seine Gegner – wie die aus Indiens Hauptstadt Neu-Delhi agierende Sheikh Hasina – zunehmend versuchten, die demokratische Legitimität der Interimsregierung und damit auch die angestoßenen Reformbemühungen infrage zu stellen.

Im Zuge des Bemühens, die gewaltsame Niederschlagung der Juli-Proteste aufzuarbeiten, verfügte die Interimsregierung ein einstweiliges Verbot von Hasinas Awami-Liga. Damit änderten sich die Voraussetzungen für die anstehenden Wahlen. Schließlich ist die Awami-Liga eine der beiden dynastisch geführten Parteien, die um die politische Macht im Land kämpfen, seit Bangladesch 1971 unabhängig wurde.

Hatte Hasina die rivalisierende BNP unterdrückt, so konnte diese nun ein Momentum erlangen. Die BNP-Vorsitzende und zweimalige Premierministerin Khaleda Zia kam aus dem Hausarrest frei, verstarb jedoch zwei Monate vor den Wahlen. Wegen ihres hohen Alters war schon zu Beginn des Wahlkampfes ihr Sohn Tarique Rahman zum Spitzenkandidaten der BNP gekürt worden. Er befand sich seit 2008 im Londoner Exil und kehrte nun wieder in seine Heimat zurück.

Die Wettbewerber der BNP sorgten sich jedoch vor dem Szenario, dass die Regie-

rungsverantwortung letztlich nur von einer autoritären Machtelite auf eine andere übertragen würde. In der Hoffnung auf größere Wahlchancen schlossen sich daher elf Parteien zu einer Allianz zusammen, darunter die islamistische Bangladesh Jamaat-e-Islami sowie die National Citizen Party (NCP), die Partei der studentischen Protestbewegung. Die Studierenden und die religiösen Fundamentalisten verband dabei vor allem der Wunsch nach einem Ende von Korruption und dynastisch organisierter Herrschaft in Bangladesch.

Bei den Wahlen am 12. Februar konnte jedoch die BNP einen großen Erfolg verbuchen. Sie gewann 209 der 299 zur Abstimmung stehenden Parlamentsmandate und damit eine Zweidrittelmehrheit. Die Wähler:innen entschieden sich also erneut für eine der beiden Traditionsparteien, deren Machtlegitimation auf ihrer jeweiligen Rolle im bangladeschischen Unabhängigkeitskrieg von 1971 beruht. Im Wahlkampf hatte sich die BNP mit solchen historischen Rückbezügen profiliert, während sie zugleich einen Ausbau staatlicher Wohlfahrtsleistungen und mehr politische Stabilität versprach. Die Jamaat-e-Islami wiederum errang 32 Prozent der Stimmen und 68 Sitze, womit sie ihr bis dahin bestes Ergebnis von 18 Sitzen deutlich übertraf. Lediglich 6 Mandate gewann die NCP. Als Erfolg kann sie jedoch verbuchen, dass die »Juli-Charta« mit Vorschlägen für eine Verfassungsänderung, wie sie die studentische Bewegung gefordert hatte, in einem parallel abgehaltenen Referendum eine Zustimmung von 68 Prozent fand. Das von einer Reformkommission verabschiedete Papier sieht eine Reihe von Schritten vor, mit denen demokratische Institutionen gestärkt und exekutive Machtbefugnisse begrenzt werden sollen.

Die für Bangladesch niedrige Wahlbeteiligung von knapp 60 Prozent legt nahe, dass viele Unterstützer:innen der verbotenen Awami-Liga den Urnen aus Protest fernblieben. Anders als bei früheren Parlamentswahlen kam es, von vereinzelten Vorfällen abgesehen, zu keinen Gewaltakten am Tag der Abstimmung.

Votum für politische Kontinuität unter neuen Machtverhältnissen

Die Regierung des neuen Premierministers Tarique Rahman wurde am 17. Februar vereidigt. Nach 20 Jahren in der Opposition kann sich die BNP auf erfahrene Parteieliten, erhebliche organisatorische Ressourcen und eine komfortable Parlamentsmehrheit stützen.

Wie die Zusammensetzung des neuen Kabinetts zeigt, will Premier Rahman einerseits parteiinterne Machtzentren berücksichtigen, andererseits aber auch den Studierenden seine Reformbereitschaft signalisieren. Neben langjährigen Parteigranden wurden Technokraten sowie Vertreter studentennaher Kleinstparteien berufen. Zudem ist ein Bemühen sichtbar, religiöse und ethnische Minderheiten einzubinden. Die Geschlechterrepräsentation bleibt unausgewogen, findet sich auf den 25 Ministerposten doch nur eine einzige Frau.

Zum Außenminister wurde der bisherige Nationale Sicherheitsberater Khalilur Rahman ernannt, was ein Signal der personellen Kontinuität gegenüber Interimsregierung darstellt. In Justiz und Sicherheitsapparat hingegen leitete Premier Rahman weitreichende Umbesetzungen ein.

Ein zentraler Gradmesser für den künftigen Kurs der Regierung ist ihr Engagement bei der Umsetzung der Juli-Charta. Besonders unter Studierenden hat die per Referendum gebilligte Erklärung weiterhin ein hohes Mobilisierungspotential. Die BNP signalisiert bisher zwar grundsätzliche Unterstützung für die Charta, äußert jedoch Vorbehalte gegenüber einzelnen darin enthaltenen Punkten. Letzteres betrifft etwa die Forderung, für die zweite Parlamentskammer das Verhältniswahlrecht einzuführen. Für die BNP liegt der zentrale Zielkonflikt im Umgang mit dem Reformprojekt darin, dass einige der vorgeschlagenen Verfassungsänderungen ihr selbst zum Nachteil gereichen könnten.

Nach Jahren hoher Inflation und fiskalischer Spannungen verbindet sich mit dem Machtwechsel die Erwartung, dass Wachstum und soziale Inklusion in Bangladesch

neu ausbalanciert werden, ohne die laufende makroökonomische Konsolidierung aufzugeben, die nach Hasinas Sturz angestoßen wurde. Der Interimsregierung war es gelungen, ein durch Bankenkrise, hohe Ausfallkredite und Korruption geschwächtes Finanzsystem notdürftig zu stabilisieren. Irritationen löste daher die Entscheidung Rahmans aus, den überparteilich anerkannten Zentralbankgouverneur abzulösen. Auch gegen die BNP wurden früher Korruptionsvorwürfe erhoben. Es wird sich zeigen müssen, ob es ihr gelingt, sich glaubhaft von diesem Erbe zu lösen und stattdessen institutionelle Transparenz und demokratische Verfahren zu stärken.

Neue Ungewissheiten über Teilhabe und die Rolle von Religion

Erstmals in der Geschichte des Staates Bangladesch wurden Parteien des islamistischen Spektrums zur stärksten parlamentarischen Oppositionskraft. Auch ist eine zunehmende Islamisierung der ideologisch ursprünglich heterogenen Studierendenbewegung zu beobachten. Dies manifestiert sich unter anderem in der Allianz zwischen NCP und Jamaat sowie in Wahlerfolgen islamistischer Akteure an Universitäten.

Die Parlamentswahlen deuten somit auf einen tiefgreifenden Wandel politischer Identitäten. Nachdem Bangladesch im Jahr 1971 von Pakistan unabhängig geworden war, dominierten lange Parteien, die ihr Staatsverständnis primär bengalisch-ethnolinguistisch begründeten. Mittlerweile jedoch erhalten religiös-muslimisch gerahmte Politikangebote stärkeren Zulauf, wenn gleich sie bisher keine Mehrheit erreichen können.

Das islamistische Lager gewinnt vor allem deshalb an Zuspruch, weil seine Positionierung gegen Korruption und Vetternwirtschaft als glaubwürdig wahrgenommen wird. Fragen sozialer Teilhabe schaffen eine inhaltliche Schnittmenge zwischen Studenten und Islamisten. Der Aufstieg religiös-fundamentalistischer Strömungen verengt jedoch den politischen Betätigungsraum

von Frauen. Lediglich sieben weibliche Abgeordnete wurden direkt gewählt, weitere 50 Mandate sind für Frauen reserviert und werden proportional an die Parteien vergeben.

Eine zentrale Herausforderung der BNP-Regierung wird überdies sein, den Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung politischer Interessen dauerhaft zu unterbinden. Dies gilt erstens für die BNP selbst, in der es seit 2024 zu teils tödlichen Konflikten zwischen unterschiedlichen Parteiflügeln kam. Zweitens betrifft es die Aufarbeitung von Gewaltexzessen und Nepotismus unter der Regierung der Awami-Liga. Darüber hinaus ist politisch motivierte Mobgewalt weiterhin ein ungelöstes Problem im Land.

Dhakas Außenpolitik bleibt ein Balanceakt

Die Rahman-Regierung wird sich wohl noch stärker als die Interimsführung am Anspruch einer unabhängigen, pragmatischen und auf Diversifizierung zielenden Außenpolitik orientieren. Dabei muss Rahman neue bilaterale Entwicklungen in der Region berücksichtigen, mit denen die Vorgängerregierung noch nicht konfrontiert war. Die Partnerschaft mit dem großen Nachbarn Indien bleibt angespannt. So bietet Neu-Delhi der in Bangladesch mittlerweile zum Tode verurteilten Sheikh Hasina ein Exil, aus dem heraus sie die politischen Entwicklungen in Dhaka öffentlich kommentiert. Der Stimmenzuwachs der Jamaat-Partei in Grenzregionen zu Indien ist ein Indiz dafür, dass interreligiöse Konflikte zwischen Hindus und Muslimen die diplomatischen Beziehungen mit dem Land weiter belasten könnten. Auch das kürzlich wieder erstarkte Verhältnis zwischen Bangladesch und Pakistan wird den Umgang mit Indien erschweren. Im Kontext des 1996 geschlossenen, nunmehr auslaufenden Ganges-Abkommens mit Neu-Delhi deutet sich an, dass der Faktor Wasser in künftigen regionalen Konflikt dynamiken wichtiger wird.

Während Sheikh Hasina eine starke Kooperation mit Neu-Delhi unterstützte,

vertritt die BNP einen »Bangladesh First«-Ansatz, aus dem heraus sie eine strategische Äquidistanz zu Indien und China anstreben dürfte. Dadurch könnte das Verhältnis zu Peking wichtiger werden. Die Teilnahme an der chinesischen Seidenstraßen-Initiative und die bilaterale Rüstungszusammenarbeit machen die Volksrepublik schon jetzt zu einem der wichtigsten Partner Bangladeschs.

Die neue BNP-Regierung zielt auf Wirtschaftswachstum und hat von Beginn an erkennen lassen, dass sie konstruktive Beziehungen mit den USA und Europa verfolgen möchte. Die betreffenden Länder sind für Bangladesch die wichtigsten Absatzmärkte von Textil-Exporten sowie Partner in der Entwicklungszusammenarbeit. Im Zuge der »Bangladesh First«-Politik ist gleichzeitig zu erwarten, dass Dhaka seine Außenbeziehungen verstärkt diversifizieren und Partnerschaften mit weiteren Ländern wie Russland, der Türkei oder den Vereinigten Arabischen Emiraten anstreben wird.

Implikationen für Deutschland und Europa

Bangladesch steht exemplarisch für eine Gruppe strategisch wichtiger Länder des globalen Südens, die von regionalen Unsicherheiten geprägt sind, tiefgreifende systemische Herausforderungen bewältigen müssen und dabei auch Beziehungen zu geopolitischen Rivalen Deutschlands pflegen. In diesem Spannungsfeld bleibt Bangladesch für die Bundesrepublik ein komplexer, aber wichtiger Partner in Südasien und im Indopazifik.

Innerhalb Europas kommt dem Vereinigten Königreich eine besondere Brückenfunktion zu. Es beherbergt eine große bangladeschische Diaspora, und mehrere Akteure der neuen Regierung in Dhaka sind Großbritannien biographisch verbunden. Für Deutschland, das mit Bangladesch kooperieren will, ist zunächst positiv zu bewerten, dass die Parlamentswahlen in dem südasiatischen Land nach einem Umsturz und zwei politisch turbulenten Jahren formal

ordnungsgemäß und weitgehend friedlich verlaufen sind.

Als kontinuierlich wachstumsstarkes Land und wichtiger Akteur auf dem Textilssektor bleibt Bangladesch für Deutschland in erster Linie ein verlässlicher Handelspartner. 2024 stieg das bilaterale Handelsvolumen auf rund 9 Milliarden Euro. Die Bundesrepublik stellt humanitäre Hilfe für Rohingya zur Verfügung, die aus Myanmar nach Bangladesch geflohen sind; damit leistet sie einen wichtigen entwicklungspolitischen Beitrag für den sozialen Frieden und die Stabilität im Land. Ebenso wird Dhaka von Berlin im Kampf gegen den Klimawandel unterstützt, von dem Bangladesch stark betroffen ist.

Den Status eines »am wenigsten entwickelten Landes« und die damit einhergehenden Handels- und Zollerleichterungen wird Bangladesch absehbar verlieren, was einen aktiven Austausch zwischen der EU und Dhaka erforderlich macht. Berücksichtigen sollte Brüssel, dass das im Januar 2026 beschlossene Handelsabkommen zwischen der EU und Indien die Wettbewerbsfähigkeit bangladeschischer Textil-Exporte nach Europa erschwert. Dhakas Interesse an fairen Rahmenbedingungen für Ausfuhren in die EU wird deshalb wohl weiter steigen. Dabei könnte die neue Regierung auf einen erleichterten Zugang zum europäischen Markt setzen, etwa indem sie für Bangladesch den GSP+-Status (im Rahmen des EU-Präferenzsystems, das Entwicklungsländern zusätzliche Zollvergünstigungen gewährt) oder ein eigenes Handelsabkommen anstrebt.



Dieses Werk ist lizenziert unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autoren wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN (Print) 1611-6364
ISSN (Online) 2747-5018
DOI: 10.18449/2026A14

Tobias Scholz ist Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Asien. Leo Wigger ist Associate Partner bei der Candid Foundation und hat u. a. als Gastwissenschaftler im britischen Außenministerium zu Südasien geforscht.